

mit Schwerpunkt **Stock Option Watch**

Steuerbelastung für Unternehmen sinkt als Folge des Steuerwettbewerbs

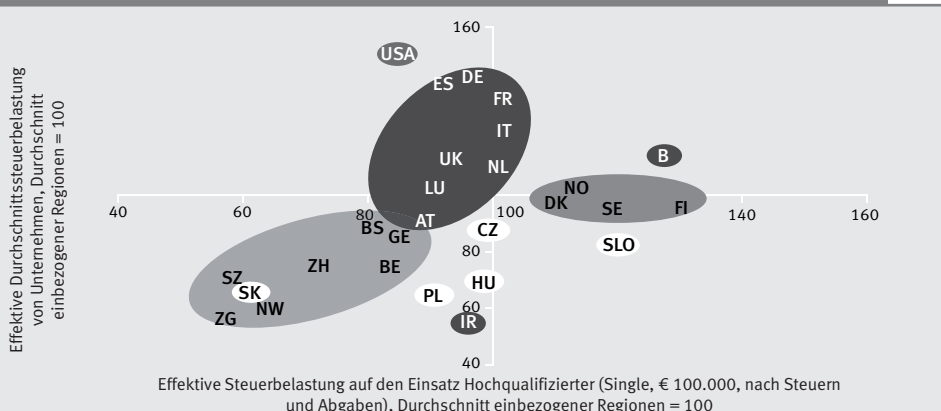
Die Besteuerung von Unternehmen ist ein wesentlicher Standortfaktor. Steuern für Unternehmen werden dabei nicht nur auf Gewinne und Kapital erhoben. Zusätzlich sind die Unternehmen im Wettbewerb um hoch qualifizierte Arbeitskräfte aufgrund des internationalen Steuergefälles gezwungen, die Steuern und Abgaben dieser Arbeitskräfte zu kompensieren. Diese beiden Elemente beeinflussen die Attraktivität von Regionen als Investitionsstandort für Unternehmen. Die vom ZEW durchgeführte Studie „IBC Taxation Index 2005“ im Auftrag des IBC BAK International Benchmark Club® ermittelt und analysiert die effektive Steuerbelastung von Investitionen der Unternehmen und des Einsatzes hoch qualifizierter Arbeitskräfte in zwanzig europäischen Staaten und den Vereinigten Staaten. Im Vergleich zur Vorgängerstudie aus dem Jahr 2003 zeigt sich dabei ein Trend zur Senkung der Steuerbelastung anhand beider Indikatoren.

der Unternehmensbesteuerung und Österreichs bei Hochqualifizierten liegt die Steuerlast in diesen Ländern weit oberhalb der Steuerbelastung in den Schweizer Kantonen. Mit Blick auf die Steuerbelastung von Investitionen sind insbesondere Deutschland, Spanien, Italien und Frankreich Hochsteuerstandorte.

Die Schweizer Kantone hingegen sind bei beiden Indikatoren gut positioniert. Investitionen von Unternehmen und der Einsatz von hoch qualifizierten Arbeitskräften werden aus steuerlicher Sicht attraktiv behandelt.

In den osteuropäischen Staaten ist die Unternehmensbesteuerung vergleichbar niedrig wie in den Schweizer Kantonen. Die Besteuerung von hoch qualifizierten Arbeitnehmern fällt jedoch unterschiedlich aus. Die Slowakei konkurriert direkt mit Zug, Schwyz und Nidwalden. Polen, Ungarn und Tschechien hingegen besteuern auf dem gleichen Niveau wie die meisten kontinentaleuropäischen Länder. Hochqualifizierte in Slowenien tragen eine vergleichbare

Effektive Steuerbelastungen von Unternehmen und auf den Einsatz Hochqualifizierter*



* Daten für 2005
BE = Kanton Bern, BS = Kanton Basel-Stadt, NW = Kanton Nidwalden, SZ = Kanton Schwyz, ZG = Kanton Zug, AT = Österreich, B = Belgien, CZ = Tschechien, DE = Deutschland, DK = Dänemark, ES = Spanien, FI = Finnland, FR = Frankreich, HU = Ungarn, IR = Irland, IT = Italien, LU = Luxemburg, NL = Niederlande, PL = Polen, SE = Schweden, SK = Slowakei, SLO = Slowenien, UK = Vereinigtes Königreich, USA = Vereinigte Staaten.
Lesehilfe: In den Vereinigten Staaten ist die effektive Steuerbelastung von Unternehmen am höchsten, während die Steuerbelastung auf Hochqualifizierte geringer ist als der Durchschnitt.
Quelle: ZEW

Die Grafik vergleicht die beiden Steuerbelastungskennziffern. Darin ist die effektive Steuerbelastung für ausgewählte Standorte jeweils als Index relativ zum Durchschnitt dargestellt. Der vertikale/horizontale Abstand zwischen einer Ausprägung und der Achse zeigt, wie viel niedriger/höher die effektive Steuerlast dieses Ortes verglichen mit dem Durch-

schnitt im Fall der Unternehmen (vertikale Achse) und im Fall der Besteuerung des Einsatzes hoch qualifizierter Arbeitskräfte (horizontale Achse) ist.

Die Studie zeigt, dass in den kontinentaleuropäischen Ländern Irland und Vereinigtes Königreich die Steuerbelastungen bei beiden Indikatoren moderat bis hoch ist. Mit Ausnahme Irlands bei

IN DIESER AUSGABE

Steuerbelastung für Unternehmen sinkt als Folge des Steuerwettbewerbs	1
Ölpreis: Inflationstreiber und Konjunkturbremse	2
Innovatoren bleiben Innovatoren	3
ZEW-Konferenz	4
Wirtschaftspolitik aus erster Hand	5
Neuerscheinungen, Termine	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Last wie solche in den skandinavischen Ländern.

Die skandinavischen Länder haben eine geringe Steuerbelastung bei der Unternehmenssteuer, aber eine hohe Steuerbelastung beim Einsatz hoch qualifizierter Arbeitnehmer. Hier zeigt sich deutlich der Effekt der dort praktizierten dualen Einkommensteuer, bei welcher der Faktor Kapital niedrig und der Faktor Arbeit höher besteuert werden.

Die Vereinigten Staaten besteuern gegensätzlich zu den skandinavischen Staaten. Das heißt, Unternehmen werden auf hohem Niveau besteuert, die Steuerbelastung bei den Hochqualifizierten ist auf einem moderaten Niveau.

Der zeitliche Vergleich mit den Ergebnissen des IBC Taxation Index 2003 zeigt einen deutlichen Trend zu sinken-

den Steuerbelastungen bei beiden Indikatoren. Bei der Unternehmensbesteuerung gab es in einigen Ländern grundlegende Reformen. So haben Polen und die Slowakei 2004 die Steuersätze bei der Einkommensbesteuerung der Unternehmen um acht beziehungsweise sechs Prozentpunkte gesenkt. In Westeuropa sticht Österreich mit einer Senkung um neun Prozentpunkte hervor.

Länder planen Reformen und Steuersenkungen

Bei der Besteuerung des Einsatzes von hoch qualifizierten Arbeitskräften gab es Reformen in der Slowakei, Deutschland und Italien. Die Slowakei hat eine so genannte „flat rate“ mit 19 Prozent eingeführt, die einen progressi-

ven Steuertarif ersetzt. Deutschland und Italien haben ihre Spitzensteuersätze um 6,5 bzw. 6 Prozentpunkte gesenkt. Zusätzlich reformierte Deutschland die Besteuerung der Altersvorsorge.

Als Ausblick auf angekündigte Steuersenkungen und Reformdiskussionen in europäischen Staaten ist mit sinkenden Steuerbelastungen zu rechnen. So planen beispielsweise die Niederlande und Tschechien weitere Steuersenkungen. Auch in Deutschland wird über eine Unternehmenssteuerreform mit dem Ziel konkurrenzfähiger effektiver Steuerbelastungen diskutiert. Daher ist in naher Zukunft mit deutlichen Rangfolgeverschiebungen mit Blick auf die effektive Steuerbelastung zu rechnen.

*Christina Elschner, elschner@zew.de
Michael Overesch, overesch@zew.de*

Ölpreis: Inflationstreiber und Konjunkturbremse

Die Entwicklung des Ölpreises beobachten die Marktteilnehmer in letzter Zeit besonders genau. Denn ein dauerhaft hoher Ölpreis kann nicht nur für eine unerwünschte Belebung der Inflation sorgen, sondern direkt und indirekt die Konjunkturentwicklung bremsen. Unmittelbar senkt etwa der hohe Ölpreis die Kaufkraft der Konsumenten und verringert somit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und verlangsamt die konjunkturelle Entwicklung. Indirekt könnte die durch den höheren Ölpreis gestiegene Inflation die Notenbanken dazu verleiten, die Zinsen anzuheben und somit die Konjunkturdynamik zu bremsen. Im Oktober hat das ZEW im Rahmen des ZEW-Finanzmarkttests 299 Finanzmarktexperten zu diesem Thema befragt.

Nach Einschätzung der Experten ist die Ölpreisentwicklung sowohl als Inflationstreiber als auch Konjunkturbremse wichtig. Zwar hat der Ölpreis nicht mehr die hohe Bedeutung für die Weltkonjunktur wie in den 1970er Jahren. Dennoch darf das Risiko nicht unterschätzt werden, das aus einem dauerhaft hohen Ölpreis resultiert. Bisher wurde der hohe Ölpreis vorwiegend als Konjunkturbremse interpretiert. Die Tatsache, dass die Experten mittlerweile die Inflationsgefahr größer einschätzen als das Kon-

junkturrisiko, könnte indessen Beleg für ein Umdenken sein. Die Märkte, die nun die Inflationsrisiken in den Vordergrund schieben, könnten sich bereits auf eine deutlichere Zinserhöhungsrunde eingestellt haben.

Ein hoher Ölpreis ist nach Ansicht der Experten jedoch nicht zwangsläufig schädlich für die Volkswirtschaft. So bestätigen die befragten Analysten beispielsweise, dass die durch den Ölpreis hervorgerufene Inflation zu einem großen Teil dafür verantwortlich war, die De-

flation in Japan zu überwinden. Hatten sie bisher Käufe langfristiger Konsumgüter wegen fallender Preise zurückgestellt, so fragen die Japaner sie inzwischen wieder bereitwilliger nach.

Langfristig hohe Ölpreise

Zum Ende des Jahres rechnen die Experten mit einem Ölpreis von rund 60 US-Dollar pro Barrel Nordseeöl. Dies entspricht in etwa dem aktuellen Niveau. Zumindest kurzfristig sollte sich daher die Lage am Ölmarkt nicht weiter verschärfen. Doch auch längerfristig, auf Sicht der nächsten zwei Jahre, wird sich der hohe Ölpreis nach Einschätzung der Experten nicht deutlich verringern, sondern wird sogar leicht auf rund 62 US-Dollar pro Barrel steigen. Die Unternehmen sollten sich daher auf langfristig hohe Ölpreise einstellen.

Volker Kleff, kleff@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Innovatoren bleiben Innovatoren

Neun von zehn Unternehmen, die in einem Jahr in die Entwicklung neuer oder die Verbesserung bereits vorhandener Produkte und Dienstleistungen investieren, tun dies auch im Folgejahr. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie des ZEW, die auf Unternehmensebene die Persistenz der Innovationstätigkeit von knapp 3.800 deutschen Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und der Dienstleistungssektoren im Zeitraum von 1994 bis 2002 untersucht.

Indessen bleiben nicht nur die Innovatoren mit hoher Wahrscheinlichkeit dem einmal eingeschlagenen Weg treu, sondern auch die Nicht-Innovatoren. 84 Prozent der Unternehmen, die in einem Jahr nicht innoviert haben, tun dies auch im Folgejahr nicht.

novatoren auch weiterhin als solche aktiv. Der Anteil der anfänglichen Innovatoren, die ununterbrochen innovierend tätig waren, liegt bei 40 Prozent.

Auch die Nicht-Innovatoren weisen eine erhebliche Dauerhaftigkeit in ihrer Neigung, nicht zu innovieren, auf. So ha-

scheinlichkeit von 72 Prozentpunkten auch im Folgejahr zu den Innovatoren zählen. Für Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten liegt diese Wahrscheinlichkeit hingegen nur bei 59 Prozentpunkten. Für die Servicesektoren zeigt sich ein ähnliches Bild mit Werten von 64 Prozentpunkten für die großen und 47 Prozentpunkten für die kleinen Unternehmen. Ökonometrische Analysen auf Basis eines dynamischen Panelprobitmodells kommen unter anderem zu dem Ergebnis, dass eine wesentliche Erklärung hierfür ist, dass innovierende große Unternehmen oft eine umfangreiche FuE-Infrastruktur aufbauen, die nicht so ohne weiteres wieder abgebaut werden kann, da dies mit erheblichen Verlusten verbunden wäre.

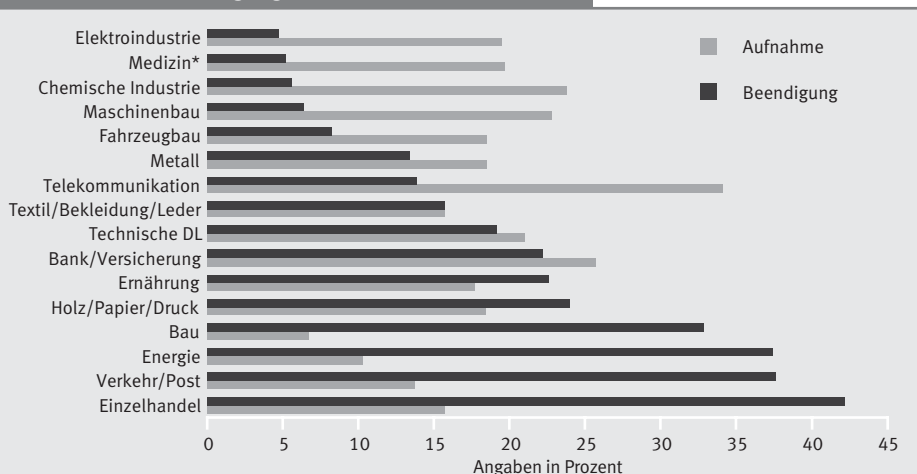
Unterschiede zwischen Branchen

Dass es auch Unterschiede bei der Dauerhaftigkeit der Innovationstätigkeit von Unternehmen aus verschiedenen Branchen gibt, zeigt die Grafik. So ist der Anteil der Unternehmen, die ihre Innovationstätigkeit im Untersuchungszeitraum aufgaben, in FuE-intensiven Branchen wie der Chemie, dem Fahrzeugbau, der Elektroindustrie oder dem Maschinenbau sehr gering, während in den meisten Dienstleistungssektoren, der Holz- und Papierindustrie, der Bauwirtschaft oder der Energiewirtschaft ein Rückzug aus der Innovationstätigkeit deutlich wahrscheinlicher ist.

Der Befund der ZEW-Studie, dass Innovatoren in aller Regel auch Innovatoren bleiben, insbesondere, wenn es sich um Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und bestimmte Branchen handelt, eröffnet langfristige Potentiale für staatliche Fördermaßnahmen für FuE. Wenn staatliche Förderung die Unternehmen dazu bringt, erst einmal zu innovieren, dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass sie dieses Engagement in ihrer Mehrzahl auch in Zukunft beibehalten.

Bettina Peters, peters@zew.de

Aufnahme und Beendigung von Innovationsaktivitäten



Lesehilfe: In der Elektroindustrie gaben 5 Prozent der Innovatoren eines Jahres ihre Innovationsaktivitäten im Folgejahr auf, während 20 Prozent der Nicht-Innovatoren Innovationsaktivitäten aufnahmen.

*Medizin: Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik

Quelle: ZEW, eigene Berechnungen

Die Dauerhaftigkeit der Innovationstätigkeit der Unternehmen bestätigt sich auch in einer langfristigen Betrachtung. So waren von den Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, die innovierten, im Durchschnitt nach drei Jahren noch 78 Prozent als Innovatoren aktiv und 66 Prozent der anfänglichen Innovatoren des Jahres 1994 haben sogar über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg ohne Unterbrechung innovatorische Aktivitäten durchgeführt. Die Persistenz innovierender Unternehmen in den Dienstleistungssektoren ist im Vergleich dazu deutlich geringer. Im Schnitt waren nach drei Jahren noch 51 Prozent der In-

ben 43 Prozent der anfänglichen Nicht-Innovatoren im verarbeitenden Gewerbe im gesamten Untersuchungszeitraum keine Innovation eingeführt. In den Dienstleistungssektoren liegt dieser Anteil bei 48 Prozent.

Die ZEW-Untersuchung (ZEW Discussion Paper, No. 05-81) zeigt weiter, dass große Unternehmen ihre einmal aufgenommene Innovationstätigkeit kontinuierlicher fortführen als kleine, gleichwohl ist die Persistenz auch bei kleinen Unternehmen festzustellen. Berechnungen des ZEW zeigen, dass in einem Jahr innovierende Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten mit einer Wahr-

Heterogene Arbeit, Bildung und Qualifikationsstruktur

Am 12. und 13. September 2005 veranstaltete die DFG-Forschergruppe 454 eine Konferenz zu heterogener Arbeit und Bildung am ZEW, bei der die Ergebnisse der ersten Projektphase vorgestellt und diskutiert wurden. Die Konferenz wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Bonn, finanziert und vom ZEW unterstützt. Seit Mai 2002 sind acht Forschungsprojekte aus den Bereichen Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre und Ökonometrie des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Universität Konstanz und des ZEW in der Forschergruppe zusammengefasst. Sie analysiert die Bestimmungsfaktoren der Qualifikationsstruktur der Arbeit sowie die Ursachen und Folgen ihrer Verschiebung theoretisch wie empirisch.

Die Konferenz war aufgeteilt in die drei Blöcke „Empirische Analyse von Bildungsergebnissen“, „Finanzierung und Management von Universitäten und Forschung“ und „Arbeitsmarkt und Qualifikationsstruktur“. Etwa 50 Wissenschaftler diskutierten neue empirische und theoretische Forschungsarbeiten. Christian Dustmann (University College London) referierte über den Zusammenhang zwischen beruflichem Aufstieg und der Teilnahme an Weiterbildung. Auf das sich anschließende Korreferat von Bernd Fitzenberger (Universität Frankfurt) folgte eine rege Diskussion im Plenum.

Empirische Analyse von Bildungsergebnissen

Im ersten Themenblock zur empirischen Analyse von Bildungsergebnissen trug Winfried Pohlmeier (Universität Konstanz) eine ökonometrische Arbeit zum Zusammenhang zwischen Schulbildung und Einkommen vor. Bei der Berechnung von Bildungsrenditen, die ein Maß für den Wert der Schulbildung am Arbeitsmarkt sind, zeigte er, dass die Berücksichtigung von individueller Hetero-

genität entscheidend ist. Daran anschließend präsentierte Michael Maier (ZEW) Ergebnisse zum Einfluss von Weiterbildung auf das Einkommen, wobei auch hier die Heterogenität der Erträge im Vordergrund stand. Nikolai Stähler (Universität Mainz) thematisierte in einer theoretischen Arbeit die Auswirkung des Kündigungsschutzes auf verschiedene Qualifikationsgruppen und auf den Anreiz, sich zu qualifizieren. Zum Abschluss des ersten Themenblocks präsentierte Ludger Wößmann (ifo Institut München) eine länderübergreifende Studie zu den Auswirkungen von „Tracking“ (Einordnen der Schüler in verschiedene Schultypen) auf die durchschnittliche Schülerleistung und die Ungleichheit der Leistungen. Demnach könnte ein Grund für das schlechte Abschneiden Deutschlands bei den PISA Tests im dreigliedrigen Schulsystem liegen, das sowohl zu schlechteren durchschnittlichen Leistungen als auch zu größerer Ungleichheit der Schülerleistungen führen kann. Die Koreferate in dieser ersten Sitzung hielten Michael Fertig (RWI Essen), Alexandra Spitz (ZEW), Jörg Lingens (Universität Regensburg) und Andreas Ammermüller (ZEW).

Finanzierung und Management von Universitäten und Forschung

In der zweiten Sitzung zu Finanzierung und Management von Universitäten und Forschung wurden vorwiegend theoretische Arbeiten vorgestellt. Nick Netzer (Universität Konstanz) trug ein Papier zu Forschungswettbewerben vor und stellte die Relevanz strategischer Signale heraus. Miriam Hein (Universität Konstanz) diskutierte die Zentralisierung von Forschungsmitteln in Europa. Zum Zusammenhang zwischen der Autonomie von Universitäten und der Professionalisierung ihrer Leistungsstrukturen referierte Oliver Fabel (Universität Konstanz). Er betonte die Notwendigkeit ei-

ner grundlegenden Reform der Wissenschaftsorganisation unter Einschluss von Studiengebühren und verstärkten „Public-Private Partnerships“ in der angewandten Forschung. Michael Rauber (Universität Konstanz) zeigte in seinem Vortrag über die Forschungsleistung von Professoren der Volkswirtschaftslehre, dass sowohl die allgemeine Produktivität wie auch die Qualität der Forschung im Lebenszyklus Schwankungen unterliegen. Die Korreferenten der zweiten Sitzung waren Peter Egger (ifo München), Burkhard Hehenkamp (Universität Dortmund), Eckhard Janeba (Universität Mannheim) und Robert Schwager (Universität Göttingen).

Arbeitsmarkt und Qualifikationsstruktur

Im dritten Themenblock, Arbeitsmarkt und Qualifikationsstruktur, stellte Alfred Garloff (ZEW) eine empirische Arbeit zu den Zusammenhängen zwischen Weiterbildung, Jobwechseln und Löhnen vor, in der er testet, inwieweit das in Weiterbildung vermittelte Wissen firmenspezifischer Natur ist. Anschließend trug Christian Holzner (ifo München) zu Suchgleichgewicht, Produktionsparametern und sozialen Bildungsrenditen vor. Diese Faktoren bestimmen wesentlich die Lohnverteilung. Der Vortrag von Mathias Kifmann (Universität Konstanz) beschäftigte sich mit den Auswirkungen von Studiengebühren für Langzeitstudierende. Mit Daten der Universität Konstanz belegte er empirisch, dass die Studiendauer durch Langzeitstudiengebühren verkürzt wird, wenngleich nicht in allen Fächern in gleichem Ausmaß. Die Korreferenten der dritten Sitzung waren Hendrik Jürges (MEA, Mannheim), Leo Kaas (Universität Konstanz) und Alexander Kemnitz (Universität Mannheim).

Anja Kuckulenz, kuckulenz@zew.de
PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de

Die Chancen nutzen – Reformen mutig voranbringen

ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz stellte am 24. November 2005 im Rahmen der Reihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ das neue Jahrgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vor. Der Vortrag des „Wirtschaftsweisen“ fand in den Räumen der Baden-Württembergischen Bank AG in Stuttgart statt.

Zunächst skizzierte Franz, wie der Sachverständigenrat in seinem Gutachten die derzeitige wirtschaftliche Lage in Deutschland und die Perspektiven für 2006 beurteilt. Die deutsche Volkswirtschaft sei in keiner guten Verfassung. Die Arbeitslosigkeit sei weiterhin hoch, und

Reformunfähigkeit oder Schwarzmalerei hinsichtlich der Folgen der Globalisierung für die deutsche Volkswirtschaft seien daher überzogen, sagte Franz. Gleichwohl springe der Impuls der Exporterfolge nicht auf die Binnenwirtschaft über, und die Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt, in den Systemen der sozialen Sicherung und in den öffentlichen Haushalten bestünden fort.

Maßnahmenpaket für Reformen

Franz stellte ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung dieser Probleme vor, das der Sachverständigenrat entwickelt hat. Im Kern, so der Wirtschaftsweisen, beruhe es auf einem beschäftigungs- und wachstumsfreundlichen Umbau des Regelwerks auf dem Arbeitsmarkt und des staatlichen Abgabensystems.

Das erste Element dieses Maßnahmenpakets bilden Vorschläge zur Reform der föderalen Struktur. So schlägt der Sachverständigenrat vor, die Gemein-

schaftsaufgaben nach Artikel 91a und 91b Grundgesetz (etwa Hochschulen, Regionalförderung) abzuschaffen und die Finanzierung der Aufgaben vollständig auf die Länder zu übertragen. Der Finanzausgleich soll neu geordnet werden, mit einem an der Wirtschaftskraft anstatt der Steuerkraft orientierten Ausgleichsmechanismus.

Als zweites Element des Maßnahmenpakets soll auf dem Arbeitsmarkt der Reformkurs fortgesetzt werden. Franz führte aus, dass Hinzuverdienstmöglichkeiten beim Arbeitslosengeld II zu erweitern und gleichzeitig der Regelsatz für arbeitsfähige Bezieher von Unterstützungszahlungen zu senken seien. Weiter-

hin spreche sich der Sachverständigenrat dafür aus, die aktive Arbeitsmarktpolitik zu evaluieren und sie konsequent zurückzuführen. Überbrückungsgeld und Existenzgründungszuschuss (Ich-AG) sollten zusammengelegt, Mini-Jobs im Nebenerwerb abgeschafft werden. Auch sei es wichtig, den Kündigungsschutz weiter zu flexibilisieren.

Franz wandte sich in seinem Vortrag auch an die Tarifvertragsparteien. Es sei notwendig, die qualifikatorische Lohnstruktur weiter zu spreizen, vor allem im Niedriglohnbereich. Gesetzliche oder branchenspezifische Mindestlöhne sollten nicht eingeführt werden.

Öffentliche Haushalte konsolidieren

Das dritte Element der vom Sachverständigenrat vorgeschlagenen Paketlösung betrifft die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Eine Erhöhung des regulären Umsatzsteuersatzes zu diesem Zwecke lehnte Franz strikt ab. Er schlug vor, stattdessen unter anderem die Eigenheimzulage und die Steuerfreiheit für Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge abzuschaffen. Mittelfristig solle der Umsatzsteuerbetrug stärker bekämpft werden.

Als viertes Element soll eine Steuerreform durchgeführt werden. Die steuerliche Standortattraktivität Deutschlands könne durch eine finanzierungsneutrale Duale Einkommensteuer mit einem Steuersatz von 25 v.H. auf alle Kapitaleinkommen gesteigert werden. Auf die geplante Reform der Erbschaftsteuer solle dagegen verzichtet werden.

Das fünfte Element des Maßnahmenpakets stellt vor allem darauf ab, versicherungsfremde Leistungen aus der Sozialpolitik auszugliedern. Bei der Rentenversicherung sei es wichtig, das gesetzliche Rentenalter ab 2011 gleitend auf 67 Jahre zu erhöhen.

Katrin Voß, voss@zew.de



ZEW-Präsident Franz bei seinem Vortrag in Stuttgart

das Wirtschaftswachstum sei, auch im Vergleich zu anderen EU-Staaten, schwach. Besonders der enorme Anstieg des Ölpreises habe die gesamtwirtschaftliche Entwicklung belastet. Bei einer prognostizierten Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von 1,0 v.H. werde sich an der wirtschaftlichen Lage Deutschlands auch 2006 nichts ändern.

Allerdings habe die Politik gegen viele Widerstände in den vergangenen Jahren eine Reihe wichtiger und weitreichender Reformen, wie beispielsweise die Hartz-Gesetze, auf den Weg gebracht. Des Weiteren behaupteten sich viele deutsche Unternehmen erfolgreich auf den Weltmärkten. Klagen über eine

ZEW ECONOMIC STUDIES

Thomas Hempell

Computers and Productivity – How Firms Make A General Purpose Technology Work

Der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) ermöglicht Zugewinne an Produktivität und Wachstum. Um solche Zugewinne allerdings realisieren zu können, müssen die Unternehmen die entsprechenden Voraussetzungen schaffen. Die vorliegende Neuerscheinung in der englischen Publikationsreihe ZEW Economic Studies stellt die große Bedeutung von Innovation, Weiterbildung und Rekrutierung entsprechend qualifizierter Mitarbeiter heraus, um das Potenzial von IKT nutzen zu können. Das Buch analysiert darüber hinaus, warum und in welchem Ausmaß sich Unternehmen darin unterscheiden, IKT produktiv einzusetzen. Des Weiteren enthält das Buch eine ausführliche Diskussion der ökonomischen Theorien, die sich mit IKT und ihren Folgen auseinandersetzen. Eine Behandlung verschiedener methodischer Sachverhalte rundet die Darstellung ab.

ZEW Economic Studies, Vol. 33, Physica-Verlag Heidelberg/New York, 2006, ISBN 3-7908-1647-7

EXPERTENSEMINARE

- 26./27.1.2006 Auf den Punkt gebracht –
Präsentationen professionell gestalten (Aufbauseminar)
- 2./3.2.2006 Mitarbeitereinsatz im Ausland –
Arbeits-, sozialversicherungs- und steuerrechtliche Chancen,
Risiken und Gefahren
- 16./17.2.2006 Kommunikationsstrategien für Führungskräfte
- 22.2.2006 Beenden von Arbeitsverhältnissen
- 2./3.3.2006 Einführung Ökonometrie – eine praxisorientierte Einführung
- 7.3.2006 Mergers & Acquisitions – unter besonderer Berücksichtigung
der Prozesse
- 8.3.2006 Beschäftigung ausländischer Forscher und Wissenschaftler
- 13.3.2006 Basistechniken I – Regressionsanalyse
- 14.3.2006 Basistechniken II – Zeitreihenmodelle
- 15.3.2006 Ökonometrische Theorien in der Praxis
- 22.3.2006 Finanzmarkt-Ökonometrie: Modellierung von Zinsen und
Aktienkursen I, Vektor-Autoregressive Modelle
- 23.3.2006 Finanzmarkt-Ökonometrie: Modellierung von Zinsen und
Aktienkursen II, Nicht-stationäre Zeitreihen und Kointegration
- 23.3.2006 Volkswirtschaftliche Daten kompetent interpretieren
- 24.3.2006 Finanzmarkt-Ökonometrie: Modellierung von Zinsen und
Aktienkursen III, Erstellung von Prognosemodellen
- 28.3.2006 Verrechnungspreise – Betriebswirtschaftliche
und steuerrechtliche Grundlagen
- 4.4.2006 Konzernsteuerquote
- 5.4.2006 Zugang zu Rechtsakten und Dokumenten der EU –
EU-Materialien finden und verstehen
- 6.4.2006 Portfolioanalyse & Portfoliomanagement
- 27.4.2006 Verrechnungspreise – Aktuelle Problemfelder

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden Sie im Internet unter www.zew.de
› Expertenseminare
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail pauli@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

No. 05-68, Alexander Spermann, Harald Strotmann: The Targeted Negative Income Tax (TNIT) in Germany: Evidence from a Quasi Experiment.

No. 05-69, Katrin Ullrich: Unterschiede zwischen Fiskal- und Geldpolitik und die Konsequenzen für eine Delegation.

No. 05-70, Friedrich Heinemann, Katrin Ullrich: Does it Pay to Watch Central Bankers' Lips? The Information Content of ECB Wording.

No. 05-71, Friedhelm Pfeiffer: Existenzgründungen: Ein Weg zur Beschäftigungsförderung?

No. 05-72, Tobias Schmidt: Absorptive Capacity – One Size Fits All? A Firm-level Analysis of Absorptive Capacity for Different Kinds of Knowledge.

No. 05-73, Jens Matthias Arnold, Katrin Hussinger: Exports versus FDI in German Manufacturing: Firm Performance and Participation in International Markets.

No. 05-74, Tereza Tykvova: Who Chooses Whom? Syndication, Skills and Reputation.

No. 05-75, Andrew A. Toole, Does Public Scientific Research Complement Industry R&D Investment? The Case of NIH Supported Basic and Clinical Research and Pharmaceutical Industry R&D.

No. 05-76, Christoph Grimpe, Arbeitszufriedenheit und Fluktuation im Post Merger Integrationsprozess.

No. 05-77, Bernd Fitzenberger, Stefan Speckesser, Employment Effects of the Provision of Specific Professional Skills and Techniques in Germany.

No. 05-78, Ulrich Kaiser, Is a Newspaper's Companion Website a Competing Outlet Channel for the Print Version?

No. 05-79, Matthias Weiss, Alfred Garloff, Skill Biased Technological Change and Endogenous Benefits: The Dynamics of Unemployment and Wage Inequality.

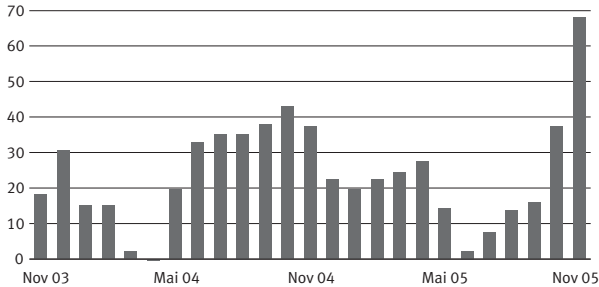
No. 05-80, Margit Vanberg, Network Externalities and Interconnection Incentives.

No. 05-81, Bettina Peters, Persistence of Innovation: Stylised Facts and Panel Data Evidence.

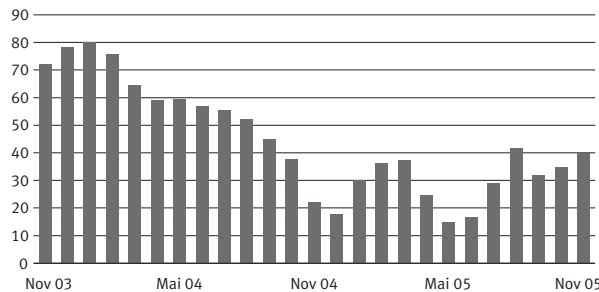
No. 05-82, Helmut Fryges, The Change of Sales Modes in International Markets – Empirical Results for German and British High-Tech Firms.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im November



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Experten prognostizieren Zinserhöhung

Die Mehrheit der Experten hat die jüngste Zinserhöhung der Europäischen Zentralbank korrekt antizipiert. Vor dem Hintergrund der Inflationstendenzen der vergangenen Monate, insbesondere aufgrund des hohen Ölpreises, waren die Experten davon ausgegangen, dass die EZB in dieser Weise reagieren würde, um durch höhere Zinsen überschüssige Liquidität am Markt abzuschöpfen. Dies könnte aber auch die ohnehin schwache Investitionstätigkeit der Unternehmen und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage drosseln.

Volker Kleff, kleff@zew.de

Konjunktur im Euroraum: Experten optimistischer

Die ZEW-Konjunkturerwartungen für den Euroraum haben ihren Aufwärtstrend im November fortgesetzt. Der Saldo aus Optimisten und Pessimisten bezüglich der konjunkturellen Lage in sechs Monaten liegt nun bei +40,0 Punkten nach +34,7 Punkten im Oktober. Für diese positivere Einschätzung dürften im Wesentlichen zwei Faktoren verantwortlich sein. Zum einen ist der Ölpreis weiter gefallen, und zum anderen ist die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Exportunternehmen aufgrund des Abbaus der Eurostärke deutlich gestiegen.

Volker Kleff, kleff@zew.de

Mehrheit erwartet Preissteigerungen für alle Verkehrsträger

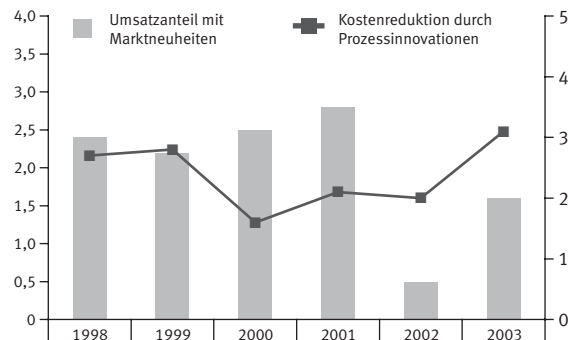
Saldo (in %)		01/05	02/05	03/05	04/05
Straße	D nah	21,80	21,80	47,66	68,38
	D fern	32,84	32,84	50,91	76,47
	West	25,58	25,58	50,96	71,93
	Ost	0,81	0,81	27,00	55,56
Schiene	D	23,26	23,26	21,05	52,00
	West	24,05	24,05	26,39	52,94
	Ost	12,66	12,66	20,29	43,28
Binnenschiff	D	11,11	11,11	29,09	54,72
	West	7,25	7,25	33,96	64,58
	Ost	17,46	17,46	28,26	47,73
Kombinierter Verkehr	D	22,09	22,09	32,31	62,12
	West	18,29	18,29	37,70	67,74
	Ost	12,82	12,82	22,03	45,90

Quelle: ZEW

Eine derart einheitliche Einschätzung der Preisexpectationen für die kommenden sechs Monate gab es in der Geschichte des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW selten. Im vierten Quartal 2005 geht die Mehrheit der Experten im Straßen- und Schienengüterverkehr sowie in der Binnenschifffahrt von steigenden Transportpreisen aus. Der Saldo aus steigenden und sinkenden Preisexpectationen nimmt um 20 bis 30 Prozentpunkte zu. Selbst in Osteuropa, wo in der Vergangenheit der Wettbewerbsdruck der Niedriglohnländer oft als Hindernis für Preissteigerungen gesehen wurde, rechnet etwa die Hälfte der Befragten mit höheren Preisen.

Georg Bühler, buehler@zew.de

Einzelhandel: Rationalisierungseffekte durch Prozessinnovationen



Quelle: ZEW

Die Unternehmen im Einzelhandel haben 2003 einen deutlich höheren Umsatzanteil durch Marktneuheiten erzielt als noch 2002. So stieg der Umsatzanteil mit originären Produktinnovationen 2003 um 1,1 Prozentpunkte auf 1,6 Prozent. Auch der Kostenreduktionsanteil durch Prozessinnovationen stieg 2003 im Vergleich zum Vorjahr deutlich: 2003 sparten die deutschen Einzelhändler rund 3,1 Prozent ihrer Kosten ein. Das ist der höchste Rationalisierungseffekt seit 1998. Angesichts des scharfen Preiswettbewerbs versuchen die deutschen Einzelhändler durch Rationalisierungsmaßnahmen wettbewerbsfähig zu bleiben.

Heide Löhlein, loehlein@zew.de

STANDPUNKT



Erbschaftsteuer

Mit Verwunderung ist in Teilen der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen worden, dass sich der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem neuesten Jahresgutachten gegen die Gesetzentwürfe zur Reform der Erbschaftsbesteuerung wendet. Wie passt dies zu der ansonsten mit Nachdruck eingeforderten Steuerentlastung der Unternehmen?

Zunächst muss klargestellt werden, dass sich der Sachverständigenrat sehr wohl für eine Reform der Erbschaftsteuer ausspricht. Er regt allerdings an, diese in eine allgemeine Reform der Unternehmensbesteuerung einzubetten. Dafür unterbreitet der Sachverständigenrat im Jahresgutachten ausführliche Vorschläge im Hinblick auf eine Duale Einkommensteuer, die Anfang nächsten Jahres in einer gesonderten Expertise des Rates weiter konkretisiert und präzisiert werden sollen. Die im Rahmen dieses Konzepts der Unternehmensbesteuerung anzustrebende steuerliche Gleichbehandlung aller Kapitalerträge und Kapitalanlageformen gilt genauso für die Erbschaftsbesteuerung, nämlich für die erbschaftssteuerliche Bewertung von Betriebsvermögen und Kapitalgesellschaftsanteilen. Natürlich könnte diese Gleichbehandlung auch bei einem Steuersatz von Null erfolgen, das heißt einem Verzicht auf eine Erbschaftsbesteuerung. Aber erstrebenswert oder gar erforderlich ist dies nicht, selbst nicht unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung von Unternehmen und Arbeitsplätzen.

Die bisherigen Gesetzentwürfe beinhalten eine Stundung der auf „produktiv“ eingesetztes Vermögen entfallenden Erbschaftsteuer über einen Zeitraum von zehn Jahren in der Form, dass bei einer Betriebsfortführung die Steuerschuld in zehn Jahresraten erlöschen soll. Bei Betriebsaufgabe oder Veräußerung innerhalb des Zehn-Jahres-Zeitraums nach Erbanfall sowie bei Zuführung des begünstigten „produktiven“ in „nicht-produktives“ Betriebsvermögen wird die Stundung der Erbschaftsteuerschuld abgebrochen.

Bereits derzeit gibt es die Möglichkeit, die auf Betriebsvermögen sowie auf land- und forstwirtschaftliches Vermögen ent-

fallende Erbschaftsteuer auf Antrag bis zu zehn (!) Jahre zinslos (!) zu stunden, soweit dies zum Erhalt des Betriebs notwendig ist. Bei Existenzgefährdung des Betriebs besteht sogar ein Rechtsanspruch auf diese Stundung. Dem Vernehmen nach wird von diesen Stundungsmöglichkeiten allerdings kaum Gebrauch gemacht. Das sollte schon zu denken geben.

Die Unterscheidung in „produktives“ und „nicht-produktives“ Vermögen überzeugt ökonomisch nicht. „Unproduktives“ Vermögen etwa in Form von Wertpapieren, Anteilen an Kapitalgesellschaften oder Geldforderungen an Kreditinstitute kann sehr wohl zur Entstehung oder Erhaltung von Arbeitsplätzen führen – zwar nicht in vererbten, wohl aber in den Unternehmen, in die (indirekt) investiert wurde. Und wieso soll ein Erbe von „unproduktivem“ Geldvermögen, der damit ein Unternehmen gründet und Arbeitsplätze schafft, steuerlich höher belastet werden als der Erbe eines Betriebes?

Selbst das Argument einer drohenden Standortverlagerung ins erbschaftsteuerfreundlichere Ausland hält einer Prüfung nur bedingt stand. Wie aus Untersuchungen des ZEW hervorgeht, liegt Deutschland bei der Erbschaftsteuerbelastung im internationalen Vergleich im Mittelfeld. Außerdem kann der Erbe im Fall einer ungeplanten oder „zufälligen“ Erbschaft die im Inland anfallende Erbschaftsteuer durch spätere Produktionsverlagerung ins Ausland nicht vermeiden. Bei Vorausplanung einer Erbschaft lässt sich die deutsche Erbschaftsteuer nur umgehen, wenn der Erbanfall mehr als fünf Jahre nach der Abwanderung von Erblasser und Erben ins Ausland erfolgt, wobei bei der Verlagerung unter bestimmten Voraussetzungen eine Art Liquidationsbesteuerung (der stillen Reserven) greift.

Gewiss: Niemand zahlt gerne Steuern. Deshalb ist es verständlich, dass die Unternehmen die geplante Erbschaftsteuerreform begrüßen. Aber: Bestehen tatsächlich Spielräume für Steuersenkungen, die kaum zusätzliche Arbeitsplätze bringen? Darauf wollte der Sachverständigenrat aufmerksam machen.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2005